

Landtag hofft auf tiefere Prämien

Der Landtag hat einstimmig beschlossen, dass der Staatsbeitrag an die obligatorische Krankenpflegeversicherung für das kommende Jahr bei 33 Millionen Franken verbleibt. Man hofft auf positive Effekte aufgrund der KVG-Revision.

PATRIK SCHÄDLER

VADUZ. Der Staatsbeitrag an die obligatorische Krankenversicherung hat einen direkten Einfluss auf die Höhe der Krankenkassenprämien. Die Regierung schlug dem Parlament vor, den Staatsbeitrag bei 33 Millionen Franken zu belassen. Aufgrund des neuen Krankenversicherungsgesetzes (KVG) muss der Landtag jährlich den Staatsbeitrag für das Folgejahr genehmigen. Und das neue und vom Volk angenommene KVG liess die Diskussion gestern im Landtag zahm ausfallen.

Freie Liste versucht es erneut

Einzig die Freie Liste versuchte erneut, den Staatsbeitrag zu erhöhen. Die Abgeordnete Helen Konzett Bargetze verlas unmotiviert den Antrag, den Betrag um neun Millionen auf 42 Millionen Franken zu erhöhen. Sie verwies dabei auch auf das Ziel der Freien Liste, in Liechtenstein einkommensabhängige Prämien einzuführen. «Die Versicherten haben bereits mit der ersten Reduktion des Staatsbeitrages zur Sanierung des Staatshaushaltes einen wesentlichen Anteil getragen. Die Senkung hat vor allem den Mittelstand erheblich getroffen.



Bild: Daniel Ospelt

Der VU-Abgeordnete Peter Büchel erinnerte Gesundheitsminister Pedrazzini an seine Versprechungen auf tiefere Prämien.

Die monatlichen Prämien pro Kopf würden mit unserem Antrag um 24 Franken sinken», so Konzett Bargetze. Der Antrag hatte aber wie erwartet keine Chance und wurde nur mit den

drei Stimmen der Freien Liste unterstützt.

Tiefere Prämien versprochen

In einem Punkt gab der VU-Abgeordnete Peter Büchel der

Freien Liste recht. Die Senkung des Staatsbeitrages habe in der Bevölkerung Spuren hinterlassen. Aus seiner Sicht ist die Revision des Krankenversicherungsgesetzes nicht sozial verträglich ausgefallen. Der Volksentscheid sei aber zu akzeptieren. «Ich erwarte aber, wie vom Gesundheitsminister versprochen, eine Prämiensenkung von 315 Franken pro Versichertem und Jahr. Dies ist der einzige Grund, warum ich einem Staatsbeitrag von 33 Millionen zustimmen kann», so Büchel. Die angekündigten tieferen Krankenkassenprämien führten auch einige andere Abgeordnete als grosse Hoffnung ins Feld.

Prämien 2017 im Spätherbst

Ein wichtiges Element für die Hoffnung auf tiefere Prämien ist die Einführung des schweizerischen Tarifs Tarmed auf Anfang 2017. Wie Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini ausführte, wird jener Tarif eingeführt, welcher zum Stichtag in der Schweiz gültig ist. Ob die Prämien im nächsten Jahr wirklich um 315 Franken pro Person sinken, hängt gemäss Pedrazzini von der Kostenentwicklung ab. «Wenn uns die Kosten im Gesundheits-

wesen davonwachsen, dann fressen uns diese von diesen 315 Franken Prämiensenkung etwas weg. Hier müssen wir schauen, was dieses Jahr noch bringt», so der Gesundheitsminister. Die Krankenkassenprämien für 2017 werden voraussichtlich im Spätherbst bekannt gegeben.

Die Schlussworte von Minister Mauro Pedrazzini klangen fast wie eine Abschiedsrede: «Ich möchte dem Landtag danken für die gute Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich in den letzten Jahren.»

Vergleich

Pro-Kopf-Kosten um 683 Franken höher

Die mittleren Pro-Kopf-Kosten für die Krankenversicherung für das Jahr 2015 liegen in Liechtenstein mit 4323 Franken um 683 Franken höher als im gesamtschweizerischen Durchschnitt.

Im Kanton St. Gallen lagen die Kosten pro Versicherten mit 3222 Franken und in Graubünden mit 3063 Franken nochmals deutlich tiefer als in Liechtenstein.

Schwierige Verhandlungen

VADUZ. Der Verpflichtungskredit in Höhe von 16,4 Millionen Euro betreffend der Beteiligung Liechtensteins am EWR-Finanzierungsmechanismus 2014–2021 wurde gestern Abend vom Landtag genehmigt. Dieser Finanzierungsmechanismus dient der Verringerung des wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichts innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums EWR, mit dem die EWR/EFTA-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen ihre finanziellen Anstrengungen zur Unterstützung der wirtschaftlich schwächeren EU-Mitgliedstaaten fortführen. Damit sollen die Wettbewerbsfähigkeit dieser Staaten erhöht und mittelfristig für die EWR-Staaten neue Handelspartner und Absatzmärkte erschlossen werden. «Es waren ausserordentlich schwierige Verhandlungen, welche viel Standfestigkeit und Nerven gekostet haben», sagte Regierungsrätin Aurelia Frick. «Aber wir sind hartnäckig geblieben, und das hat sich gelohnt.» Auf die Frage, ob man nicht noch mehr herausholen hätte können, antwortete Frick deutlich: «Nein, wir haben bis zum bitteren Ende aufstur geschaltet.» (mh)

Immobilien-Erwerb aus Pensionskasse?

VADUZ. Der Landtag überwies das Postulat «Wohneigentum für den Mittelstand» einstimmig an die Regierung. Mit dem Vorstoss wird die Regierung eingeladen, dem Parlament alle Vor- und Nachteile einer Verwendung von Pensionskassengeldern für den Erwerb von Immobilien aufzuzeigen.

Es gab verschiedene Abgeordnete die sich in ihren Voten für die Einführung einer solchen Möglichkeit aussprachen. Ein Vorbezug des persönlichen Pensionskassen-Kapitals würde dem Mittelstand den Immobilienerwerb ermöglichen. Andere Abgeordnete sahen auch Risikoaspekte. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer wehrte sich nicht gegen die Überweisung des Postulats. Vielmehr war er dankbar für die konkreten Fragen, die in der Diskussion aufgeworfen wurden.

In der Schweiz können seit Anfang 1995 aufgrund des Wohneigentumsförderungsgesetzes des Bundes Pensionskassengelder vor dem Erreichen des Pensionsalters bezogen werden. Die Kassen müssen ihren Mitgliedern auf Wunsch Vorbezüge zur Finanzierung von Wohneigentum gewähren. Wobei die auf diese Weise finanzierten Immobilien vom Eigentümer selber bewohnt sein müssen. (sap/sda)

28,5-Millionen-Kredit genehmigt

Der Landtag gibt dem «Dienstleistungszentrum» am Giessen für die Landesverwaltung grünes Licht. Das 28,5-Millionen-Projekt wurde einstimmig genehmigt. Ohne Diskussionen – mit nur wenigen Fragen und Anregungen.

MAGDALENA HILBE

VADUZ. Die Regierung will am Giessen in Vaduz ein neues Gebäude bauen, in dem künftig rund 200 Angestellte der Landesverwaltung untergebracht werden könnten. Die Kosten: 28,5 Millionen Franken. Eine grosse Summe in Zeiten des Sparsens. Trotzdem hat der Landtag in seiner gestrigen Sitzung den Verpflichtungskredit für den Bau des Gebäudes mit dem Namen «Dienstleistungszentrum» einstimmig genehmigt. Ein Grund dafür dürften die künftigen Kosteneinsparungen sein. Durch das Projekt können jährlich zwei Millionen Franken eingespart werden. Durch die Umsetzung aller drei Stufen der Liegenschaftsstrategie – Analyse von Mietverhältnissen, Sanierung des ehemaligen Präsidial-Gebäudes und das neue Dienstleistungsgebäude – spart der Staat künftig jährlich Miet- und Bewirtschaftungskosten in Höhe von 5,3 Millionen Franken.

Lob an die Regierung

Judith Oehri (VU) nannte es

Mut, den Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer an den Tag legte. Schliesslich sei bereits vor 15 Jahren einmal ein solches Gebäude geplant gewesen. Das Projekt wurde jedoch nicht weiterverfolgt. «Seit 15 Jahren könnte man schon Geld sparen – aber der Mut fehlte», so Oehri. Auch Helen Konzett Bargetze lobte das Vorgehen der Regierung, die langfristig denkt und Sparpotenzial ortet.

Synergien mit Gemeinde nutzen

Die Abgeordneten schienen einig zu sein: Das Dienstleistungszentrum soll gebaut werden. Trotzdem kam noch die eine oder andere Frage auf. So beispielsweise rund um die Parkplatzsituation – wie viele Parkplätze es geben soll und ob die Kundenparkplätze an der Oberfläche sein oder doch lieber in der Parkgarage verschwinden sollten. Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer wies darauf hin, dass dies zur Detailplanung gehöre und bei der Ausschreibung des Architekturwettbewerbs genauer betrachtet werde. Der Architekturwettbewerb

kostet das Projekt ein Jahr – «zu lange?», fragte sich VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser. «Nein», meinte Amann-Marxer. Dies sei eine normale Zeitspanne für Projekte in dieser Grössenordnung. Weiters ist es Christoph Wenaweser ein Anliegen, dass das Land die Rechte des Bauherren hat und bei Änderungen am Gebäude eigene Entscheidungen treffen kann.

Frank Konrad wies als ehemaliger Vaduzer Gemeinderat darauf hin, dass Synergien mit der Gemeinde genutzt werden sollen. Vor allem die Planung der Parkplätze. Schliesslich müsse die Parkgarage Marktplatz früher oder später saniert oder abgerissen werden. Konrad dachte an gemeinsame Parkplätze unterhalb des neuen Dienstleistungszentrums und daran, dass der Platz, wo sich heute die Parkgarage Marktplatz befindet, anderweitig genutzt werden kann.

10 Ämter, 200 Mitarbeiter

Der Standort des geplanten Neubaus befindet sich südwestlich der Vaduzer Marktplatzgarage



Bild: Daniel Schwendener

Marlies Amann-Marxer wurde für ihren Mut gelobt.

auf dem Giessen-Areal, dem ehemaligen Minigolf-Areal. Im Verwaltungsbereich sollen auf mehreren Geschossen rund 10 Ämter mit 200 Mitarbeitenden in Amtsgrössen von 5 bis 80 Personen untergebracht werden können.

Unter den 200 Angestellten, die im Dienstleistungszentrum ihren Platz finden sollen, sind auch jene Angestellten, die sich heute im Gebäude Äule 38 befinden, welches nur zeitlich befristet genutzt werden kann.

Ausserdem kann im Falle einer späteren baulichen Erweiterung das Raumangebot mehr als verdoppelt werden.

Wird das Gebäude gebaut und eine betriebliche Verdichtung in eigenen und angemieteten Verwaltungsbauten vorgenommen, könnte der gesamte Mietanteil auf schliesslich noch 26 Prozent verringert werden. Und die Abhängigkeit des Staates vom freien Mietmarkt würde von 51 auf 26 Prozent reduziert.



Haarsuchend

«Man kann krampfhaft das Haar in der Suppe sehen. Oder vor lauter Haaren die Suppe gar nicht mehr sehen», ärgerte sich DU-Chef Harry Quaderer bei der Debatte um den Post-PUK-Bericht. «Warten wir doch, bis der Schlussbericht auf dem Tisch liegt.»



Erstaunt

«Da bleibt mir doch die Spucke weg!», so der FL-Abgeordnete Wolfgang Marxer auf Kritik von Elfried Hasler, die Freie Liste habe sich nicht seriös vorbereitet. «Offenbar sind wir heute die Zielscheibe. Darüber können wir gerne noch bei einem Bier diskutieren.»



Altersmilde

«Da kommt bei mir wahrscheinlich eine gewisse Altersmilde zum Vorschein», begründete der FDP-Abgeordnete Alois Beck seine Zustimmung zur Überweisung des Postulats «Wohneigentum für den Mittelstand», obwohl er der Idee eher kritisch gegenüberstehe.



Mittellos

«Ob es ein gekauftes Votum war? Ich habe kein Geld, um so etwas zu bezahlen», erklärte Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini auf die humorvolle Anmerkung des Abgeordneten Harry Quaderer, ob er sich die Lobeshymne von Elfried Hasler (FBP) gekauft habe.



Bescheiden

Judith Oehri (VU) dachte über eine Kürzung des Beitrages an das Erzbistum nach: «In Anbetracht dessen, dass man für sich ein Grab im Wert von 130 000 Franken in Anspruch nimmt, dürften wir bei der Budgetbehandlung etwas mehr Bescheidenheit an den Tag legen.»